

DARMSTADT-DIEBURG

Die „Dinkel-Hinkel“ von Messel Seite 18
HR-Sinfoniker spielen in Dieburg Seite 21
Saisonstart für Senioren in Groß-Bieberau Seite 23

SPD will Antworten zur Trockenheit im Ried

GRUNDWASSER Heike Hofmann stellt in Pfungstadt Große Anfrage zum Thema vor

PFUNGSTADT. Trockene Böden setzen nicht nur Pfungstadts Waldgebieten, sondern dem gesamten Ried zu. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag will das Thema Wasser im Ried nun in Wiesbaden forcieren.

„Es ist an der Zeit, dass sich der Landtag mit den Zwischenergebnissen des Runden Tisches zum Thema Hessisches Ried beschäftigt“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Heike Hofmann bei einem Presstertin in Pfungstadt und begründet damit eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion an die hessische Landesregierung zum Thema Wasser im Ried. Ende des Jahres sollen die Ergebnisse des Runden Tisches vorgestellt werden, der langfristige Lösungen für das Problem erarbeiten soll. Die beiden drängendsten Fragen seien, wie die Trinkwasserversorgung künftig gesichert und der Wald gleichzeitig mehr Grundwasseranschluss erhalten kann, um eine Verstepung zu verhindern.

„Soll zusätzlich Wasser infiltriert werden und ist der technische Leitungsverband von seinen Kapazitäten dafür gesichert?“ will Hofmann etwa von der Landesregierung wissen. Die Machbarkeitsstudie zur Erhöhung Grundwasserstands in Teilen des Rieds gehe von Kosten von 100 Millionen Euro für das Projekt aus – plus Betriebskosten von zehn Millionen Euro im Jahr (wir haben berichtet). Doch damit sei nicht allen Gebieten im Ried geholfen. Der Pfungstädter Wald liege beispielsweise außerhalb dieses Gebiets und benötige eine alternative Lösung.

„Wir haben in den Wäldern bis zur Landesgrenze nach Baden-Württemberg hinunter und bis hinauf zu den Hügeln unheimlich hohe Schäden“, umreißt Pfungstadts Erster Stadtrat

Fiege-Verkauf: BI hegt „Verdacht schon lange“

GROSSLAGER Gegner des Projekts im „Dieburger Dreieck“ kritisieren Ankündigung

DIEBURG. Die „Bürgerinitiative Bebauung Dieburger Dreieck“ sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt und übt Kritik an der Entwicklung beim Bau des Mega-Logistikcenters: Fiege wird nach Fertigstellung des Großlagers das Objekt an eine Fondsgesellschaft verkaufen und dann langfristig zurückmieten (wir berichteten).

„Den Verdacht, dass Fiege nicht lange Eigentümer des Objekts am ‚Dieburger Dreieck‘ bleiben wird, hegte die Bürgerinitiative Bebauung Dieburger Dreieck schon lange“ äußert sich die BI jetzt in einer Stellungnahme zu den aktuellen Plänen des Logistikzentrums bei der Finanzierung des Projekts, das rund 60 Millionen Euro kosten soll. Die Aussage des Unternehmens (ECHO vom 2. Mai: „Fiege lässt finanzieren und zieht als Mieter ein“), wonach „durch die Einbindung von Uni-Investment sogar die Sicherheit für die Stadt steigt, weil die Gesellschaft ein wirtschaftliches Interesse an der dauerhaften Nutzung des Logistikzentrums hat und die von Projektgegnern genannte Gefahr einer ‚Investitionsruine‘ mit dieser Maßnahme völlig ausgeschlossen ist“, führt zu scharfer Kritik bei der BI. Die Gegner des Projekts dazu: „Ernsthaft wird niemand daran

Harald Polster das Problemgebiet. Von rund 13 000 Hektar Wald seien bereits zwei Drittel strukturell geschädigt: „Wir können nicht mehr warten.“ Polster, der eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches leitet, die sich mit den Forsten jenseits der Aufspiegelungsgebiete beschäftigt, propagiert einen langfristigen Umbau für diese Wälder. Die Prognose für Eichen- und Buchenbestände sei schlecht. Trockenheits- und schädlingsresistente Sorten müssten gepflanzt werden.

Polster: Kosten könnten sich noch verdoppeln

„Die 100 Millionen Euro für die Wiederaufspiegelung des Grundwassers könnten sich berechnen auf die nächsten 30 bis 40 Jahre noch verdoppeln durch die Kosten des Waldumbaus“, glaubt Polster. Für dieses „größte Waldsanierungsprogramm Hessens“ müsse ein eigener Förderpotopf geschaffen werden, der sich nicht aus den Kommunen speise. „Denn die haben kein Geld“, führt Polster weiter aus und schlägt vor, historisch gewachsene Fördersysteme zu überprüfen und möglicherweise umzulenken: „Beispielsweise vom Kellerwald in Nordhessen ins Ried. Wir brauchen die Wiederaufspiegelung und den Waldumbau heute und nicht erst morgen.“

Mit der Großen Anfrage, die über 50 Detailfragen an die schwarz-grüne Landesregierung stellt, will die SPD das Thema forcieren. Ursprünglich hätten die Ergebnisse des Runden Tisches bereits Ende 2013 vorliegen sollen. „Der Hessische Landtag hat sich bereits 2006 für die Sanierung und Erhaltung des geschädigten Waldes ausgesprochen. Wir wollen nun wissen, wie sich die Landesregierung zu diesen wichtigen Fragen verhält“, sagt Heike Hofmann. thr

glauben, dass eine Fondsgesellschaft mit fast 24 Milliarden Vermögen nicht den Leerstand eines Objekts von – im Vergleich zum Gesamtvermögen lächerlichen – 60 Millionen verkraften könnte.“

Die BI nimmt die Entwicklung zum Anlass, zwei ihrer „gravierenden Einwände“ gegen das Projekt speziell im Hinblick auf den städtebaulichen Vertrag, den Stadt und Fiege miteinander geschlossen haben, noch einmal in den Zusammenhang mit den Plänen zum Verkauf des Objekts und der Rückmiete durch den Logistiker zu rücken. Sie kritisiert, dass es keine vertraglich abgesicherte Rückbauverpflichtung nach einem Brand oder im Fall einer Nutzungsaufgabe aus wirtschaftlichen Gründen gibt – und keine Verpflichtung des Erwerbers zum Ausgleich eines Veräußerungsgewinns zugunsten der Stadt Dieburg. „Gerade der zweite Punkt ist brandaktuell, das beweist die neuere Entwicklung“, heißt es.

Die BI strebt bekanntlich an, den Vertrag mit einem Bürgerentscheid zu Fall zu bringen. Ob das vorausgegangene Bürgerbegehren, das eine solche Abstimmung des Wählers in Dieburg erst möglich macht, zulässig ist – darüber soll das Dieburger Stadtparlament in seiner Sitzung am 15. Mai entscheiden. wr

Auf dem Tannenkopf läuft's nicht rund

ERNEUERBARE ENERGIEN Weiter Streit um Windkraftanlagen in Roßdorf – Investition eine riskante Geldanlage?

VON FRANK LEBER UND SILKE RUMMEL

ROSSDORF. Der geplante Bau zweier Windkraftanlagen auf dem Tannenkopf in Roßdorf sorgt weiter für Ärger. Die IG Roßdorf beklagt mangelhafte Informationspolitik seitens des Betreibers GGEW und kritisiert fragwürdige Geldanlageformen. Der Energieversorger hält dagegen.

Matthias Monien ist sauer. Der Sprecher der Bürgerinitiative IG Roßdorf, die sich gegen die geplante Errichtung der Windkraftanlagen auf dem Roßdörfen Tannenkopf einsetzt, ärgert sich über das Teilnehmungsmodell des Bensheimer Energieversorgers GGEW, der den Windpark betreiben wird. Der sieht Teilnehmungen in Form eines sogenannten nachrangigen Darlehens vor. Das heißt: Geht das Unternehmen in die Insolvenz, treten die nachrangigen Darlehen hinter anderen Forderungen zurück.

Die GGEW verspricht bei zehn Jahren Laufzeit eine feste Verzinsung von 2,2 Prozent; eine vorzeitige Kündigung soll bereits nach fünf Jahren möglich sein. Ein attraktives Modell also für Anleger? Davon ist Monien nicht überzeugt: „Es besteht ein deutlich höheres Ausfallrisiko bis hin zum Totalverlust der Anlage.“ Aufgrund des erhöhten Risikos dieser Anlageform sei der vom Versorger offerierte Zinssatz „lächerlich“. Nicht zuletzt die Insolvenz des Windkraftanlagenbetreibers Prokon sei ein Grund, die Bürger über Gefahren dieser Art der Geldanlage aufzuklären.

Ziel war ein einfaches Teilnehmungsmodell

„Die GGEW hat zu jeder Zeit darauf hingewiesen, dass es sich um nachrangige Darlehen handelt“, sagt Roßdorfs Bürgermeisterin Christel Sprößler. Da müsse sich jeder selbst Gedanken machen, welches Risiko er eingeht. „Ich persönlich beurteile das Risiko der Nachrangigkeit als gering“, so Sprößler. Schließlich sei die GGEW ein kommunales Unternehmen, hinter dem mehrere Städte und Gemeinden stünden. Zudem sei es ihnen darum gegangen, ein einfaches Teilnehmungs-



Die Fläche auf dem Tannenkopf ist bereits gerodet. In Kürze sollen hier zwei Windkraftanlagen des Energieversorgers GGEW entstehen. FOTO: GUIDO SCHIEK

modell zu schaffen und nicht erst beispielsweise eine Genossenschaft zu gründen. Mangelnde Information zum geplanten Windpark am Tannenkopf „weise ich ganz klar von mir“, sagt Sprößler. Zu dem Thema sei in 19 öffentlichen Sitzungen, darunter zwei Bürgerinformationsveranstaltungen, informiert worden.

Privat könne sie sich vorstellen, in die Windkraftanlage zu investieren, habe sich aber noch nicht endgültig entschieden. Die Gemeinde Roßdorf werde sich nicht beteiligen, da der Haushalt defizitär ist und es deshalb keinen Sinn mache. Aus ähnlichen Gründen hat sich die Gemeinde Fischbachtal gegen eine Beteiligung entschieden.

Die Bürgerbeteiligung ist sicher, verspricht Rainer Babylon, verantwortlich für Vertrieb und

Marketing bei der GGEW. Hinter dem Darlehen stehe die GGEW AG, die in Gänze in kommunaler Hand ist. Dies sei ein wesentliches Argument für das Bürgerbeteiligungsmodell und nicht vergleichbar mit privaten Anbietern wie Prokon.

Investition fließt in den Windpark

Ein weiterer Vorwurf der IG Roßdorf: Anleger werden nicht darüber aufgeklärt, in welches Projekt sie ihr Geld tatsächlich investieren. Zwar würden die Gelder für den Betrieb von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien verwendet. Ob das aber explizit auch der Windpark in Roßdorf ist, sei unklar. Es sei lediglich die Rede von einer Investition, die „unter anderem“ zur Finan-

zierung des Roßdörfen Projekts beziehungsweise des Solarparks Alsbach-Hähnlein dient. „Bürger, die sich für die Beteiligung am Projekt Roßdorf entscheiden, investieren einzig und allein in diesen Windpark und nicht in andere Projekte“, versichert Babylon. Nur bei einer Überzeichnung und bei ausdrücklichem Wunsch werde das investierte Geld für andere Projekte im Bereich Erneuerbare Energien verwendet. „Wie oft bei solchen Projekten zu nutzen und gleichzeitig den Wald zu erhalten abgewogen. So wurden aus den ursprünglich vier geplanten Windrädern deren zwei. Zudem habe sich das Unternehmen dazu verpflichtet, bei Nichtgenehmigung den ursprünglichen Zustand des Waldes durch Aufforstung wiederherzustellen.“

Dem Bau der Windkraftanlagen steht noch das derzeit laufende Genehmigungsverfahren des Regierungspräsidiums

Darmstadt entgegen. Im April hatte sich etwa der Kreisverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) über das vermeintlich rechtswidrige Projekt beklagt und argumentiert, Landschaft und Natur würden durch die Errichtung der Anlagen irreparabel geschädigt.

Dem sei nicht so, wie das Regierungspräsidium in Darmstadt auf ECHO-Anfrage mitteilte. Man habe sorgfältig zwischen den Interessen, die Windenergie effizient zu nutzen und gleichzeitig den Wald zu erhalten abgewogen. So wurden aus den ursprünglich vier geplanten Windrädern deren zwei. Zudem habe sich das Unternehmen dazu verpflichtet, bei Nichtgenehmigung den ursprünglichen Zustand des Waldes durch Aufforstung wiederherzustellen. thr

KURZ GEMELDET

Rennkart wird gefunden

WEITERSTADT. Einen außergewöhnlichen Fund hat ein Anwohner der Weiterstädter Wiesensstraße am Montagmorgen in seiner Hofeinfahrt gemacht. Dort stand ein vollgetankter Rennkart, dass mit einer Plane abgedeckt war. Lediglich die Auspuffanlage fehlte. Da solche Fahrzeuge nicht auf öffentlichen Straßen anzutreffen sind und auch der Pilot in der Nähe nicht zu sehen war, hat der Finder die Polizei verständigt. Beamte stellten das Kart sicher. Wer Hinweise auf den Eigentümer hat, kann sich unter 06151 9693810 bei der Polizei melden. thr

Diebisches Kind

WEITERSTADT. Gerade noch rechtzeitig hat eine Frau am Dienstagmittag auf dem Parkplatz eines Supermarkts an der Rudolf-Diesel-Straße in Weiterstadt bemerkt, dass ein Kind sie bestehlen wollte. Als sie das Mädchen dabei erwischt, flüchtete es sofort in einen silberfarbenen Mercedes E-Klasse. Deswegen gab laut Polizeiangaben Gas und streifte bei der Flucht noch ein anderes Fahrzeug. Die Polizei nimmt Hinweise zu den Tätern unter 06151 9693810 entgegen. thr

Junge Stimme macht Bücher lebendig

VORLESEN Katharina Stühn von der Alsbacher Melibokusschule siegt im Bezirkswettbewerb

ALSBACH. Mit Katharina Stühn stellt die Melibokusschule Alsbach erstmals in der 55-jährigen Geschichte des Vorlesewettbewerbs des Deutschen Buchhandels die Siegerin im Bezirk Darmstadt-Süd. Sie darf am 14. Mai beim Landesentscheid um die Teilnahme am Bundesentscheid antreten.

Katharina Stühn (12) hatte zuvor schon den Klassenentscheid in der Klasse 6cG gewonnen, sich dann als Schulsiegerin durchgesetzt und schließlich den Kreisentscheid gewonnen, bevor sie in Ginsheim-Gustavsburg den Bezirksentscheid holte. Nun bereitet sie sich auf die Reise zum Landesentscheid am 14. Mai in Wiesbaden vor.

Die Zwölfjährige liest gerne Fantasy-Romane. Für den Klassen- und Schulenterscheid hat sie sich für einen Band aus der Reihe „Helden des Olymp“ entschieden. Beim Kreisentscheid konnte sie mit „Arthur und die vergessenen Bücher“ punkten. Für die Lesung in Ginsheim-Gustavsburg hatte sie sich den Roman „Die Time-Catcher“ ausgesucht. In der Helene-Lange-Schule



Gute Vorleserin: Katharina Stühn aus Alsbach.

FOTO: GUIDO SCHIEK

in Wiesbaden wird sie aus dem Roman „Trouble Twisters: Der Sturm beginnt“ der Autoren Garth Nix und Sean Williams vorlesen. „Ich habe das Buch in den Osterferien von meiner Patin ge-

schenkt bekommen und war sofort davon fasziniert“, erzählt die Alsbacherin, die ein bis zwei Bücher in der Woche verschlingt. „Das hängt davon ab, wie sehr sie mich interessieren“, erzählt sie.